

EN-version see below page 11

DStV-Stellungnahme E 10/26

Vorschlag für einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen des 28. Regimes – „EU Inc.“

Insbesondere für KMU sind Steuerberater neben der unbeschränkten steuerlichen Hilfeleistung auch erste Ansprechpartner in der betriebswirtschaftlichen Beratung. Dies gilt für die Unternehmensgründung, den Betrieb und im Falle des wirtschaftlichen Misserfolgs.

A. Risiken des Vorschlags bei Gründung und Betrieb der EU Inc.

a. Stärkung des Once-only-Prinzips durch verlässliche Datenqualität im Rahmen der EU Inc.

Der Verordnungsentwurfs zur Einführung der „EU Inc.“ (im Folgenden VO-E) zielt darauf ab, ein harmonisiertes, vollständig digitales Gründungsverfahren zu etablieren. Dadurch soll der Verwaltungsaufwand für Gründer reduziert und die grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeit im Binnenmarkt gefördert werden. Ein zentraler Bestandteil dieses Ansatzes ist das „Once-only“-Prinzip gemäß Artikel 20 VO-E, wonach Unternehmensdaten einmalig erhoben und anschließend automatisiert an weitere Behörden, etwa Steuerbehörden, Sozialversicherungsträger und Register wirtschaftlicher Eigentümer, übermittelt werden.

→ Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Once-Only-Prinzips wäre nach Ansicht des **DStV** eine verlässliche Datenqualität. Die einmal erhobenen Informationen müssten korrekt, aktuell und belastbar sein, damit sie im weiteren Verfahren von anderen Verwaltungsstellen ohne erneute Prüfung übernommen werden können. Ansonsten besteht die Gefahr, dass fehlerhafte oder missbräuchlich falsche Daten von Behörden und Verpflichteten im Rahmen geldwäscherechtlicher Sorgfaltspflichten übernommen werden; mit verheerenden Folgen für Glaubwürdigkeit und Compliance oder für Finanzierungsanreize von Kreditgebern/Investoren.

b. Registrierungsfrist: 48 Stunden

Die oben ausgeführte Gefahr einer unzureichenden Ex-ante-Kontrolle würde durch das vorgesehene beschleunigte Gründungsverfahren weiter verschärft. Artikel 16 VO-E sieht eine Registrierung innerhalb von 48 Stunden vor. Zudem soll die Identitätsprüfung gemäß Artikel 13 f. VO-E auf digital übermittelbare Informationen beschränkt bleiben. In der Praxis reduziert diese Kombination die Möglichkeiten einer fundierten Ex-ante-Prüfung in erheblichem Maße.

Die Festlegung einer pauschalen Frist für die Gründung eines Unternehmens innerhalb von 48 Stunden mag auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Allerdings hieße dies, dass im Falle eines Antrags auf Gründung des Unternehmens, der an einem Freitagabend eingereicht wird, das Prüfungsverfahren am Sonntagabend abgeschlossen sein müsste. Eine Prüfung würde dann faktisch ohne Einschaltung einer natürlichen Person, ausschließlich anhand von Algorithmen und den Bestandsdaten erfolgen können.

Eine sorgfältige Prüfung innerhalb eines solch kurzen Zeitrahmens kann von den zuständigen Behörden nicht durchgeführt werden. Stattdessen würde die Kontrolle zu einer automatischen und wirksamen Registrierung auf Grundlage nicht abschließend geprüfter Angaben führen, die Rechtssicherheit untergraben und die Verlässlichkeit öffentlicher Register gefährden.

→ Der **DStV** spricht sich dafür aus, statt einer pauschalen Fristsetzung von 48 Stunden den anerkannten Rechtsbegriff „unverzüglich“ zu verwenden. Alternativ müsste die Frist mindestens in Werktagen anstelle von „48 Stunden“ bemessen werden.

c. Geldwäscheprävention

Die unzureichende Erstkontrolle würde darüber hinaus zu erheblichen Risiken im Bereich der Geldwäscheprävention bei der EU Inc. führen. Der vorgeschlagene regulatorische Rahmen verzichtet weitgehend auf verbindliche Anforderungen zur Überprüfung der Identität der Akteure und der Angaben zum wirtschaftlichen Eigentum. Gleichzeitig wird die Führung des Registers der Anteilhaber der EU Inc. selbst überlassen (Artikel 54 VO-E). Zugleich soll die vollständige Online-Übertragung von Anteilen ohne notarielle Beteiligung ausdrücklich zulässig sein (Artikel 59 VO-E). Dadurch würden zentrale Kontrollparameter zur Überprüfung von potenziellen Geldwäscheaktivitäten entwertet.

Eine solche gesetzliche Lückenbildung würde sogenannte „Layering“-Praktiken, bei denen Eigentumsverhältnisse durch schnelle, mehrfach aufeinanderfolgende Übertragungen

verschleiert werden können, vereinfachen. Ohne den öffentlichen Glauben der Register würden Steuerberater als Verpflichtete der Geldwäschebekämpfung nicht mehr in der Lage sein, ihre Obliegenheiten mit einem verhältnismäßigen Aufwand zu erfüllen. Mit Einführung des dauerhaften Monitorings von Vertragspartnern von Verpflichteten würde die Gefahr der Aushöhlung der Geldwäscheprävention durch die Einführung der EU Inc. – Gründung noch verstärkt.

→ Der **DStV** mahnt dringend die Ausweitung der geldwäscherechtlichen Kontrollen über den gesamten Lebenszyklus der EU Inc. hinweg an. In diesem Zusammenhang lehnt der **DStV** den Vorschlag für die Erstellung und die Pflege eines digitalen Anteilsregisters durch die EU Inc. selbst ab.

d. Steuervermeidung und Steuerhinterziehung

Neben geldwäscherechtlichen Risiken würden Gefahren im Bereich der Steuervermeidung und -hinterziehung entstehen.

Der VO-E enthält keine substanziellen Anforderungen an Kapitalausstattung, Personal oder wirtschaftliche Tätigkeit. Dies würde ihm die Möglichkeit eröffnen, die EU-Inc. auf einfachste Weise als Briefkasten- oder Mantelgesellschaft zu nutzen. Insbesondere im Kontext des Mehrwertsteuerkarussellbetrugs ermöglicht die schnelle und kostengünstige Gründung solcher Einheiten deren kurzfristige Verwendung und anschließende Auflösung, bevor Steuer- und Strafverfolgungsbehörden ein- und zugreifen können. Darüber hinaus könnte die EU Inc. besonders zur Ausstellung fiktiver Rechnungen oder zur Gewinnverlagerung innerhalb multinationaler Konzernstrukturen eingesetzt werden.

Der fehlende Bezug zwischen rechtlichem Sitz und tatsächlicher wirtschaftlicher Tätigkeit verstärkt diese Gefahr. Eine international ausgerichtete EU Inc. kann einfach in einem Mitgliedstaat mit günstigen steuerlichen Rahmenbedingungen angesiedelt werden, während die wirtschaftliche Substanz in einem anderen Mitgliedstaat verbleibt. Dies widerspricht dem Grundsatz der internationalen Steuerpolitik, wonach Gewinne dort besteuert werden sollen, wo die Wertschöpfung stattfindet, und steht im Spannungsverhältnis zu den Zielen der BEPS-Initiative zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung.

→ Der **DStV** empfiehlt, dass klare Anforderungen an die wirtschaftliche Substanz eingeführt werden, um die Nutzung der EU-Inc. als Briefkastenfirma zu verhindern. Eine kohärente

Verknüpfung zwischen Unternehmenssitz und tatsächlicher wirtschaftlicher Tätigkeit sollte dabei sichergestellt werden.

e. Steuerliche Behandlung von EU-Optionsanteilen

Die Einführung eines EU-Anteilsoptionsplans gemäß 78f. VO-E sieht die Möglichkeit der Ausgabe von Anteilsoptionsscheinen an Mitarbeitende einer EU Inc. vor (EU-ESO). Der **DStV** sieht in der Ausgabe von Anteilsoptionen die Möglichkeit für KMU qualifizierte Mitarbeitende an das Unternehmen zu binden und die Fluktuation von Stützen einer EU Inc. zu verhindern.

Die derzeitigen unterschiedlichen Zeitpunkte der Besteuerung in den Mitgliedstaaten machen die Anteilsoptionen insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen unattraktiv. Die Gründe sind hohe Komplexität und eine mögliche Besteuerung nicht realisierter Einnahmen mit Liquiditätsnachteilen für Arbeitnehmer. Der jetzige Vorschlag würde dies zumindest für die EU Inc. lösen.

Allerdings stellt die nachgelagerte Besteuerung nicht immer die günstigste Option für den Steuerpflichtigen dar. Der Vorteil einer vorgelagerten Besteuerung besteht darin, dass der Besteuerungswert der Optionen insbesondere bei Startups in der Regel niedrig ist. Eine vorzeitige Liquiditätsbelastung des Steuerpflichtigen durch die Besteuerung bei Erwerb kann deshalb sinnvoll sein. Eine nachgelagerte Besteuerung ist für den Steuerpflichtigen dagegen insbesondere dann günstig, wenn er

- beim Erwerb über keine liquiden Mittel verfügt und/oder
- das Unternehmen und damit der Anteil sich nicht als werthaltig erweisen. Ein Wahlrecht für den betreffenden Steuerpflichtigen könnte deshalb sinnvoll sein.

Zudem würde durch die Art. 78f. VO-E zwar eine Harmonisierung der steuerrechtlichen Behandlung erfolgen. Zumindest in Deutschland fallen bei der Veräußerung aber auch Sozialversicherungsbeiträge an. Stock Options sind in Deutschland etwa auch dann beitragspflichtig, wenn sie von einer ausländischen Muttergesellschaft gewährt werden.

Zwar empfiehlt die begleitende Mitteilung der Kommission zum VO-E eine Einordnung als Kapitalertrag anstelle von Arbeitseinkommen, eine verbindliche Wirkung entfaltet diese Empfehlung jedoch nicht.

Vor diesem Hintergrund beschränkt sich der Regelungsgehalt des Vorschlags im Kern auf eine Harmonisierung des Zeitpunkts der Besteuerung, während sämtliche weiteren materiell-rechtlichen Aspekte ausdrücklich dem nationalen Recht überlassen bleiben. Insbesondere fehlt es an Regelungen zur zwischenstaatlichen Zuordnung der Einkünfte bei grenzüberschreitend tätigen Arbeitnehmern, zu etwaigen Quellensteuer- oder lohnsteuerlichen Pflichten im Zeitraum vor der Veräußerung, zur Abstimmung mit sozialversicherungsrechtlichen Vorgaben, zur Abzugsfähigkeit beim Arbeitgeber sowie zur Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen im Fall eines grenzüberschreitenden Tätigkeitswechsels.

Es erscheint deshalb problematisch, lediglich den Besteuerungszeitpunkt unionsweit zu vereinheitlichen, während die eigentliche steuerliche Behandlung, unterschiedliche Belastungen sowie die zwischenstaatliche Aufteilung von Besteuerungsrechten vollständig dem nationalen Recht überlassen bleiben.

→ Der DStV spricht sich deshalb dafür aus, dass die fehlenden Angaben der Mitteilung der EU-Kommission als Anlage ergänzt werden und hinzugefügt wird, dass eine steuerliche Harmonisierung der oben aufgeführten Angaben für die Attraktivität eines Anteilsoptionsplans zwingend erforderlich ist.

B. Risiken des Vorschlags im Fall der Insolvenz einer EU Inc.

Der VO-E sieht in Kapitel X (Art. 88–102) die Einführung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens für die EU Inc. für innovative Start-ups vor. Ziel ist es, schnellere, einfachere und kostengünstigere Verfahren zu ermöglichen. Dieses Anliegen ist grundsätzlich zu begrüßen, da der Abbau unnötiger rechtlicher und administrativer Hürden ein zentrales Element zur Förderung unternehmerischer Tätigkeit darstellt. Gleichwohl wirft die konkrete Ausgestaltung des Regimes erhebliche rechtliche und praktische Bedenken auf, insbesondere im Hinblick auf Rechtssicherheit, Gläubigerschutz sowie die Vermeidung von Missbrauch.

Zudem sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Vorschlag doch sehr an den ablehnten Vorschlag für ein vereinfachtes Insolvenzverfahren für Mikrounternehmen erinnert (2022/0408 (COD)).

a. Anwendungsbereich

Nach dem VO-E soll ein vereinfachtes Insolvenzverfahren ausschließlich denjenigen EU Inc. offenstehen, die als „innovative Start-ups“ definiert werden. Einen tatsächlichen Grund für die Aufteilung in innovative Start-ups und andere Unternehmen erschließt sich dem DStV nicht.

Insbesondere ist die Erläuterung in Erwägungsgrund 67 VO-E nicht überzeugend. Danach soll eine Beschränkung auf innovative Start-ups deshalb gerechtfertigt sein, weil diese „über knappes Betriebskapital verfügen, höhere Zinsen zahlen müssen und strengere Besicherungsanforderungen erfüllen müssen, was die Beschaffung von Finanzmitteln, insbesondere in finanziellen Notlagen, schwierig, wenn nicht sogar unmöglich macht“.

Diese genannten Kriterien sind aber keineswegs auf „innovative Start-ups“ beschränkt, sondern gelten für fast jedes kleine oder mittlere Unternehmen, das in Zahlungsschwierigkeiten gerät oder dem die Überschuldung droht.

Bei der Definition eines „innovativen Start-ups“ verweist der VO-E zudem auf eine unverbindliche Empfehlung, was zu unterschiedlichen Auslegungen durch die Mitgliedstaaten und damit zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Auslegungen führen dürfte. Zudem besteht das Risiko des „Forum Shoppings“, da Unternehmen den Registersitz in solche Mitgliedstaaten verlagern könnten, die den Zugang zum vereinfachten Verfahren besonders großzügig handhaben.

→ Vor diesem Hintergrund sollte zumindest für alle EU Inc. dasselbe Insolvenzverfahren gelten.

b. Insolvenzgründe und Abgrenzung zu Restrukturierungsverfahren

Der Vorschlag sieht für das vereinfachte Verfahren allein das Kriterium der Zahlungsunfähigkeit vor. Insbesondere bei innovativen Start-ups kann allerdings eine Überschuldung vorliegen, ohne dass eine unmittelbare Zahlungsunfähigkeit besteht. Angesichts der typischen Finanzierungsstruktur, der hohen Bedeutung immaterieller Vermögenswerte sowie unsicherer Fortführungsprognosen erscheint es sachgerecht, auch die Überschuldung – jedenfalls bei negativer Fortführungsprognose – als Eröffnungsgrund zu berücksichtigen.

Bestehen dagegen realistische Sanierungs- oder Fortführungsperspektiven, sollte immer auf bestehende Restrukturierungs- oder Sanierungsverfahren zurückgegriffen werden.

Andernfalls besteht die Gefahr, dass wirtschaftlich erhaltenswerte Unternehmen vorschnell abgewickelt werden.

c. Gläubigerschutz und Rolle unabhängiger Aufsicht

Von zentraler Bedeutung ist die Sicherstellung eines angemessenen Gläubigerschutzes. Besonders kritisch ist die in Art. 90 Abs. 2 VO-E vorgesehene Möglichkeit, auf die Bestellung eines Insolvenzverwalters zu verzichten. Die hierfür vorgesehenen Voraussetzungen für die Durchführung eines Insolvenzverfahrens ohne Dritten – etwa das Vorliegen aktueller Buchführungsunterlagen – sind keine Hürden, die geeignet sind, die Fähigkeit nachzuweisen, das Verfahren ohne fachkundige Dritte durchzuführen.

Gerade bei innovativen Unternehmen bestehen häufig komplexe Strukturen, etwa im Hinblick auf grenzüberschreitende Tätigkeiten, steuerliche Verbindlichkeiten, immaterielle Vermögenswerte oder unklare Gläubigerstrukturen. In solchen Konstellationen führt der Verzicht auf eine unabhängige, kompetente Verfahrensaufsicht zu erheblichen Risiken, insbesondere im Hinblick auf die Erfassung und Bewertung der Vermögenswerte, die Prüfung von Forderungen sowie mögliche Haftungs- und Anfechtungsansprüche.

In diesem Zusammenhang sind auch die Beibringung einer „aktuellen Bilanz“ und die jüngste vorgeschriebene Jahresbilanz kein ausreichendes Kriterium für die Entscheidung zur Nichtbestellung eines Insolvenzverwalters. Hier wäre mindestens auch die aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertung und/oder ein aktueller Liquiditätsstatus erforderlich.

→ Statt eines vollständig unbeaufsichtigten Verfahrens sollte nach Ansicht des DStV ein Modell vorgesehen werden, das eine eigenverantwortliche Verfahrensführung des Schuldners mit einer unabhängigen Aufsicht – etwa in Form eines Sachwalters – kombiniert. Zudem sollten die Voraussetzungen für den Verzicht auf einen Insolvenzverwalter deutlich eingeschränkt und präzisiert werden, insbesondere bei grenzüberschreitenden Strukturen, öffentlichen Verbindlichkeiten oder komplexen Vermögenverhältnissen.

d. Plausibilisierung der Verfahrensvoraussetzungen

Der vorgesehene niedrighschwellige Zugang zum Verfahren – insbesondere durch standardisierte Antragsformulare ohne verpflichtende fachliche Begleitung wirft Risiken hinsichtlich der inhaltlichen Verlässlichkeit der Angaben auf.

Gerade die im Antrag enthaltenen Informationen zu Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nach Art. 92 VO-E sind für die Verfahrensintegrität und den Gläubigerschutz von zentraler Bedeutung.

Es ist erforderlich, eine fachkundige Plausibilisierung dieser Angaben sicherzustellen, etwa durch die verpflichtende Einbindung qualifizierter Experten (z. B. Restrukturierungs- oder Steuerberatungsexperten) oder die Vorlage geprüfter Vermögens-, Finanz- und Liquiditätsübersichten.

e. Forderungsfeststellung und Gläubigerrechte

Die in Art. 95 VO-E vorgesehene Ausgestaltung der Forderungsfeststellung gibt ebenfalls Anlass zu Bedenken. Insbesondere die Übertragung der Verantwortung für die Erstellung der Gläubigerliste auf den Schuldner begründet einen strukturellen Interessenkonflikt.

Gleichzeitig wird die Wahrung der Gläubigerrechte weitgehend auf die Gläubiger selbst verlagert, die innerhalb kurzer Fristen gegen unvollständige oder fehlerhafte Angaben vorgehen müssen. Dies gilt umso mehr, als die Information über das Verfahren teilweise lediglich über öffentliche Register erfolgt. Gerade in grenzüberschreitenden Konstellationen stellt dies eine erhebliche praktische Belastung dar.

Zudem ist die Verkürzung des Rechtswegs nach Art. 95 Abs. 5 VO-E bedenklich.

- ➔ Der Rechtsweg und damit die vollumfängliche gerichtliche Klärung von bestrittenen Forderungen sollte den Parteien weiterhin uneingeschränkt offenstehen.
- ➔ Zur Stärkung des Gläubigerschutzes sollte nach Ansicht des DStV erwogen werden, dass ein Gläubiger auch nach Fristablauf gem. Art. 95 Abs. 3 VO-E noch Forderungen anmelden kann.

f. Verwertung von Vermögenswerten

Der in Art. 96–97 VO-E vorgesehene Mechanismus der elektronischen Versteigerung ist ebenso bedenklich. Während dieser für standardisierte Vermögenswerte geeignet sein mag, bestehen erhebliche Zweifel an seiner Eignung für typische Start-up-Assets wie geistiges Eigentum, proprietäre Datensätze oder Geschäftsgeheimnisse.

Diese Vermögenswerte erfordern zumeist eine vorherige Due-Diligence-Prüfung sowie individuelle Bewertungsverfahren. Ein rein automatisierter Verwertungsprozess kann diesen

Anforderungen zumindest nach heutigem Stand nicht gerecht werden und birgt das Risiko erheblicher Wertverluste. Daher sollten entsprechende Schutzmechanismen vorgesehen werden, insbesondere Mindestanforderungen an Bewertung und Informationsbereitstellung vor der Verwertung.

g. Rolle zugelassener Fachleute

Schließlich führt die Ausgestaltung des vereinfachten Verfahrens zu Unklarheiten hinsichtlich der Rolle zugelassener Fachleute, insbesondere in Mitgliedstaaten, in denen diese traditionell in Insolvenzverfahren eingebunden sind (z. B. als Insolvenzverwalter oder gerichtliche Sachverständige).

Die Kombination aus optionaler Verfahrensleitung ohne Insolvenzverwalter, standardisierten Verfahren und fehlenden klaren Verfahrensgarantien kann dazu führen, dass die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung faktisch auf Berater verlagert wird, ohne dass deren Rechte und Pflichten hinreichend definiert sind. Dies birgt Haftungsrisiken und gefährdet die Integrität des Verfahrens.

→ Es wäre daher ein unionsrechtlicher Rahmen für die Einbindung und Verantwortlichkeit solcher Fachleute erforderlich.

C. Durchführungsrechtsakte im Vorschlag

Nach dem Vorschlag soll die EU-Kommission sich insgesamt achtmal (Art. 8, 13, 34, 35, 92, 98 I, II, III) ermächtigen lassen das Regelwerk um Durchführungsakte zu ergänzen. Für den **DStV** ist nicht nachvollziehbar, warum es diese große Anzahl an Durchführungsakten benötigt. Die Formulare, etwa das Standardformular nach Art. 92 des VO könnten ohne Schwierigkeiten in den Anhang des Vorschlags integriert werden und könnten damit durch die eigentlich vorgesehen Gesetzgeber verabschiedet werden.

In diesem Zusammenhang ist auch unverständlich, warum in Art. 92 Abs. 3 VO-E mit dem Einschub des Begriffs „mindestens“ ein Regelungsvorschlag eingefügt wurde, der allein für eine Richtlinie, nicht aber für eine Verordnung geeignet ist. Die Verwendung des Begriffs „mindestens“ gibt der EU-Kommission ein viel zu großes Ermessen, die Durchführungsrechtsakte nach Gutdünken auszugestalten.

→ Im Hinblick auf die niedrige Akzeptanz in der Bevölkerung in Bezug auf delegierte Rechtsakte, die oftmals zurecht als bürokratisch angesehen werden, fordert der **DStV**,

dass die Durchführungsakte soweit möglich in die Anlage des Regelwerks integriert werden. Allein dann können, soweit erforderlich, zielführende Änderungen eingefügt werden.

- Der Begriff „mindestens“ gemäß Art. 92. Art. 3 VO-E soll im weiteren Gesetzgebungsverfahren gestrichen werden.

Proposal for a company law framework for the 28th regime – ‘EU Inc.’

For SMEs in particular, tax advisers are not only the primary point of contact for comprehensive tax assistance but also for business management advice. This applies to the formation of a company, its day-to-day business and, in the event of financial failure.

A. Risks of the proposal regarding the formation and operation of EU Inc.

a. Strengthening the ‘once-only’ principle through reliable data quality within the framework of ‘EU Inc.’

The draft regulation on the introduction of ‘EU Inc.’ (hereinafter the ‘Draft Regulation’) aims to establish a harmonised, fully digital start-up procedure. This is intended to reduce the administrative burden on founders and promote cross-border economic activity within the single market. A central component of this approach is the ‘once-only’ principle set out in Article 20 of the Draft Regulation, under which company data is collected once and then automatically transmitted to other authorities, such as tax authorities, social security bodies and registers of beneficial owners.

→ In **the DStV’s** view, reliable data quality is a prerequisite for the successful implementation of the ‘once-only’ principle. The information collected on a one-off basis must be accurate, up-to-date and robust so that it can be adopted by other administrative bodies in subsequent procedures without the need for further verification. Otherwise, there is a risk that erroneous or deliberately false data will be accepted by authorities and obliged entities in the context of anti-money laundering due diligence obligations; this would have devastating consequences for credibility and compliance, or for the financing incentives offered by lenders and investors.

b. Registration deadline: 48 hours

The risk of inadequate ex-ante scrutiny, as outlined above, would be further exacerbated by the proposed fast-track establishment procedure. Article 16 of the Draft Regulation provides for registration within 48 hours. Furthermore, under Article 13 et seq. of the Draft Regulation, identity checks are to be limited to information that can be transmitted digitally. In practice, this combination significantly reduces the scope for a thorough ex-ante assessment.

Setting a flat-rate deadline of 48 hours for the incorporation of a company may appear attractive at first glance. However, this would mean that, in the event of an application for company incorporation being submitted on a Friday evening, the verification procedure would have to be completed by Sunday evening. A verification could then, in effect, be carried out without the involvement of a natural person, relying solely on algorithms and existing data.

A thorough review within such a short timeframe cannot be carried out by the competent authorities. Instead, the review would lead to automatic and effective registration based on information that has not been fully verified, which would undermine legal certainty and jeopardise the reliability of public registers.

→ The **DStV** advocates using the recognised legal term ‘without delay’ instead of setting a blanket deadline of 48 hours. Alternatively, the deadline should be measured in working days rather than ‘48 hours’.

3. Money laundering prevention

Furthermore, inadequate initial checks would lead to significant risks in the area of anti-money laundering at EU Inc. The proposed regulatory framework largely omits binding requirements for verifying the identity of stakeholders and information on beneficial ownership. At the same time, the maintenance of the register of EU Inc. shareholders is left to the company itself (Article 54 of the draft Regulation). Furthermore, the complete online transfer of shares without the involvement of a notary is to be expressly permitted (Article 59 of the draft Regulation). This would undermine key control mechanisms for detecting potential money laundering activities.

Such a loophole in the legislation would facilitate so-called ‘layering’ practices, whereby ownership structures can be obscured through rapid, successive transfers. Without the public credibility of the registers, tax advisers, as entities subject to anti-money laundering obligations, would no longer be able to fulfil their obligations with a reasonable level of effort. The introduction of ongoing monitoring of contractual partners of obliged entities would further exacerbate the risk of money laundering prevention measures being undermined by the establishment of ‘EU Inc.’ entities.

→ The **DStV** urgently calls for the extension of anti-money laundering controls to cover the entire life cycle of EU Inc. In this context, the **DStV** rejects the proposal for the creation and maintenance of a digital share register by EU Inc. itself.

4. Tax avoidance and tax evasion

In addition to risks relating to anti-money laundering legislation, dangers would arise in the area of tax avoidance and evasion.

The draft Regulation contains no substantive requirements regarding capitalisation, staffing or economic activity. This would make it possible to use EU Inc. in the simplest possible way as a letterbox or shell company. Particularly in the context of VAT carousel fraud, the rapid and cost-effective establishment of such entities allows them to be used for a short period and then dissolved before tax and law enforcement authorities can intervene and take action. Furthermore, EU Inc. could be used specifically to issue fictitious invoices or to shift profits within multinational corporate structures.

The lack of a link between a company's registered office and its actual economic activity exacerbates this risk. An internationally oriented 'EU Inc.' can simply be established in a Member State with favourable tax conditions, whilst its economic substance remains in another Member State. This runs counter to the principle of international tax policy, according to which profits should be taxed where value is created, and conflicts with the objectives of the BEPS initiative to combat profit erosion and profit shifting.

→ The **DStV** recommends that clear requirements regarding economic substance be introduced to prevent the use of 'EU Inc.' as a letterbox company. A coherent link between the company's registered office and its actual economic activity should be ensured.

5. Tax treatment of EU share options

The introduction of an EU share option scheme in accordance with Article 78f of the proposed Regulation provides for the possibility of issuing share option certificates to employees of an EU Inc. (EU-ESO). The **DStV** views the issuance of share options as an opportunity for SMEs to retain qualified staff and prevent the turnover of key personnel within an EU Inc.

The current differences in the timing of taxation across Member States make share options unattractive, particularly in cross-border cases. The reasons for this are high complexity and the potential taxation of unrealised gains, which can result in liquidity disadvantages for employees. The current proposal would resolve this issue, at least for EU Inc.s.

However, deferred taxation is not always the most favourable option for the taxpayer. The advantage of upfront taxation is that the taxable value of the options is generally low, particularly in the case of start-ups. It may therefore make sense for the taxpayer to face an early liquidity drain through taxation at the time of acquisition. Deferred taxation, on the other hand, is particularly advantageous for the taxpayer if they

- does not have sufficient liquid funds at the time of acquisition and/or
- the company, and thus the shareholding, proves to be of no value. It might therefore be sensible to grant the taxpayer in question a right of choice.

Furthermore, whilst Articles 78f et seq. of the Draft Regulation would bring about harmonisation of the tax treatment, social security contributions are also payable on disposal, at least in Germany. In Germany, for example, share options are subject to social security contributions even if they are granted by a foreign parent company.

Although the Commission's accompanying communication on the draft Regulation recommends classifying such gains as capital gains rather than employment income, this recommendation is not legally binding.

Against this background, the substantive content of the proposal is essentially limited to harmonising the timing of taxation, whilst all other substantive legal aspects are expressly left to national law. In particular, there are no provisions governing the allocation of income between states in the case of cross-border workers, any withholding tax or payroll tax obligations in the period prior to the sale, coordination with social security legislation, deductibility by the employer, or the application of double taxation agreements in the event of a cross-border change of employment.

It therefore seems problematic to merely harmonise the timing of taxation across the EU, whilst the actual tax treatment, differing tax burdens and the cross-border allocation of taxing rights remain entirely a matter for national law.

→ The **DStV** therefore advocates that the missing details be added as an annex to the European Commission's communication and that it be stated that tax harmonisation of the details listed above is essential for the attractiveness of a share option scheme.

B. Risks associated with the proposal in the event of the insolvency of an EU Inc.

Chapter X (Articles 88–102) of the draft Regulation provides for the introduction of a simplified insolvency procedure for EU Inc.s for innovative start-ups. The aim is to enable faster, simpler and more cost-effective proceedings. This objective is, in principle, to be welcomed, as the removal of unnecessary legal and administrative barriers is a key element in promoting entrepreneurial activity. Nevertheless, the specific design of the regime raises significant legal and practical concerns, particularly with regard to legal certainty, creditor protection and the prevention of abuse.

It should also be noted at this point that the proposal is very reminiscent of the rejected proposal for a simplified insolvency procedure for micro-enterprises (2022/0408 (COD)).

a. Scope

Under the proposed Regulation, a simplified insolvency procedure is to be available exclusively to those EU companies defined as ‘innovative start-ups’. The DStV cannot discern any substantive justification for the distinction between innovative start-ups and other companies.

In particular, the explanation in Recital 67 of the proposed Regulation is not convincing. According to this, restricting the procedure to innovative start-ups is justified because they ‘have limited working capital, face higher interest rates and must meet stricter collateral requirements, which makes raising finance difficult, if not impossible, particularly in financial emergencies’.

However, these criteria are by no means limited to ‘innovative start-ups’, but apply to almost any small or medium-sized enterprise that finds itself in financial difficulties or is at risk of over-indebtedness.

In defining an ‘innovative start-up’, the draft Regulation also refers to a non-binding recommendation, which is likely to lead to differing interpretations by Member States and thus to a patchwork of varying approaches. Furthermore, there is a risk of ‘forum shopping’, as companies could relocate their registered office to those Member States that apply particularly lenient criteria for access to the simplified procedure.

→ Against this background, the same insolvency proceedings should apply, at the very least, to all EU Inc. companies.

b. Grounds for insolvency and distinction from restructuring proceedings

The proposal provides for insolvency as the sole criterion for the simplified procedure. However, particularly in the case of innovative start-ups, a company may be over-indebted without being immediately insolvent. Given the typical financing structure, the high importance of intangible assets and uncertain going-concern forecasts, it seems appropriate to also consider over-indebtedness – at least where the going-concern forecast is negative – as a ground for opening proceedings.

If, on the other hand, there are realistic prospects for recovery or continued operation, recourse should always be had to existing restructuring or reorganisation proceedings.

Otherwise, there is a risk that companies which are economically viable will be wound up prematurely.

c. Creditor protection and the role of independent supervision

Ensuring adequate creditor protection is of central importance. Particularly critical is the option provided for in Article 90(2) of the proposed Regulation to dispense with the appointment of an insolvency practitioner. The conditions set out for conducting insolvency proceedings without third parties – such as the availability of up-to-date accounting records – are not sufficient to demonstrate the ability to conduct the proceedings without expert third parties.

Innovative companies in particular often have complex structures, for example with regard to cross-border activities, tax liabilities, intangible assets or unclear creditor structures. In such circumstances, foregoing independent, competent supervision of the proceedings leads to considerable risks, particularly with regard to the identification and valuation of assets, the verification of claims, and potential liability and avoidance claims.

In this context, the provision of a ‘current balance sheet’ and the most recent ‘statutory annual balance sheet’ are not sufficient criteria for deciding against the appointment of an insolvency administrator. At the very least, a current business analysis and/or a current liquidity status would also be required here.

→ Instead of a completely unsupervised procedure, the **DStV** believes that a model should be established which combines the debtor’s independent management of the proceedings with independent supervision – for example, in the form of a trustee. Furthermore, the conditions for dispensing with an insolvency administrator should be significantly restricted and clarified, particularly in the case of cross-border structures, public liabilities or complex asset situations.

d. Verification of the procedural requirements

The proposed low-threshold access to the procedure – in particular through standardised application forms without mandatory professional guidance – raises risks regarding the reliability of the information provided.

In particular, the information contained in the application regarding assets and liabilities under Article 92 of the Draft Regulation is of central importance for the integrity of the proceedings and the protection of creditors.

It is essential to ensure that this information is subject to expert verification, for example through the mandatory involvement of qualified experts (e.g. restructuring or tax advisers) or the submission of audited asset, financial and liquidity statements.

e. Claim verification and creditors' rights

The arrangements for the determination of claims set out in Article 95 of the Draft Regulation also give cause for concern. In particular, the transfer of responsibility for drawing up the list of creditors to the debtor gives rise to a structural conflict of interest.

At the same time, the protection of creditors' rights is largely shifted onto the creditors themselves, who must take action against incomplete or incorrect information within short time limits. This is all the more true given that information about the proceedings is, in some cases, provided solely via public registers. This represents a considerable practical burden, particularly in cross-border situations.

Furthermore, the shortening of the legal remedy under Article 95(5) of the proposed Regulation is a cause for concern.

- ➔ Legal recourse – and thus the full judicial resolution of disputed claims – should remain available to the parties without restriction.
- ➔ In the DStV's view, to strengthen creditor protection, consideration should be given to allowing a creditor to lodge claims even after the deadline has expired, in accordance with Article 95(3) of the proposed Regulation.

f. Realisation of assets

The mechanism for electronic auctions provided for in Articles 96–97 of the Draft Regulation is equally problematic. Whilst this may be suitable for standardised assets, there are considerable doubts as to its suitability for typical start-up assets such as intellectual property, proprietary data sets or trade secrets.

These assets usually require prior due diligence and individual valuation procedures. A purely automated realisation process cannot, at least as things stand today, meet these requirements and carries the risk of significant losses in value. Accordingly, appropriate safeguards should be put in place, in particular minimum requirements regarding valuation and the provision of information prior to realisation.

g. Role of authorised professionals

Finally, the structure of the simplified procedure gives rise to ambiguities regarding the role of authorised professionals, particularly in Member States where they are traditionally

involved in insolvency proceedings (e.g. as insolvency practitioners or court-appointed experts).

The combination of optional proceedings without an insolvency practitioner, standardised procedures and a lack of clear procedural safeguards may result in responsibility for the proper conduct of the proceedings effectively being shifted to advisers, without their rights and obligations being sufficiently defined. This entails liability risks and jeopardises the integrity of the proceedings.

→ A framework under EU law governing the involvement and accountability of such professionals would therefore be necessary.

C. Implementing acts in the proposal

Under the proposal, the European Commission is to be authorised on a total of eight occasions (Articles 8, 13, 34, 35, 92, 98(I), (II) and (III)) to supplement the regulatory framework with implementing acts. The DStV cannot understand why such a large number of implementing acts is necessary. The forms, such as the standard form under Article 92 of the Regulation, could easily be incorporated into the annex to the proposal and could thus be adopted by the legislators as originally intended.

In this context, it is also incomprehensible why, in Article 92(3) of the draft Regulation, the insertion of the term ‘at least’ has introduced a regulatory provision that is appropriate only for a directive, but not for a regulation. The use of the term ‘at least’ gives the European Commission far too much discretion to shape the implementing acts as it sees fit.

→ In view of the low level of public acceptance of delegated acts, which are often rightly regarded as bureaucratic, the DStV calls for the implementing acts to be incorporated into the annex to the legislative framework as far as possible. Only then can targeted amendments be made where necessary.

→ The term ‘at least’ in Article 92 and Article 3 of the draft Regulation should be deleted during the further legislative process.

Date: 19 June 2026

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen. Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

*